

Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die wirtschaftliche Expansion setzte sich 1985 in der Europäischen Gemeinschaft mit ihrem moderaten Tempo fort. Deutliche Fortschritte wurden bei der Wiedergewinnung der Preisstabilität erzielt. Die Finanzpolitik in der EG war weiterhin um Konsolidierung bemüht. Die Chancen für eine Fortsetzung des seit zweieinhalb Jahren anhaltenden Aufschwungs und dessen Kräftigung stehen angesichts verbesserter Rahmenbedingungen nicht schlecht; zudem hat sich das Konjunkturklima mit dem drastischen Rückgang der Erdölpreise für die meisten EG-Länder verbessert. Erhebliche Sorgen bereitet weiter der Arbeitsmarkt. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit hat eine Diskussion in der Gemeinschaft über den Erfolg der bisherigen wirtschaftspolitischen Wege und die weiter zu verfolgenden Strategien entfacht.

In dem vom Ministerrat im Dezember verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 wird auf eine mittelfristig angelegte „kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung“ gesetzt: Diese Strategie unterscheidet sich von den bisherigen Kommissionsvorstellungen vor allem durch eine stärkere Einbeziehung der Nachfrageseite.

Von erheblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft wird es sein, ob die bis 1992 beabsichtigte Schaffung eines europäischen Binnenmarktes ohne Grenzen mit freiem Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zielbewußt betrieben wird. Geschieht dies, sind Impulse zu verstärktem Wirtschaftswachstum zu erwarten, die entscheidend zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen können. Die Stimulierung des Leistungswettbewerbes in der Gemeinschaft dürfte neue wirtschaftliche Energien freisetzen, bestehende Verkrustungen aufbrechen und zur Überwindung des ‚Europessimismus‘ beitragen.

Entwicklungsbilanz der Gemeinschaft

In den westlichen Industrieländern hielt 1985 die Phase der Erholung an. Allerdings war das Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern mit real 2,7 % deutlich geringer als im Vorjahr. Das vordem starke Konjunkturgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ist zwischenzeitlich eingeebnet worden. In der Europäischen Gemeinschaft ging die wirtschaftliche Expansion mit 2,1 % etwa in der Größenordnung des Vorjahres weiter. Das in den meisten EG-Ländern ab Mitte 1985 wieder günstiger gewordene Konjunkturklima hat sich durch den Ölpreisrückgang weiter aufgehellt.

Der Außenwirtschaftssektor hat auch 1985 einen wichtigen Wachstumsbeitrag geliefert. Die externen Nachfrageimpulse flachten im Verlaufe des Jahres allerdings ab, so daß die konjunkturelle Entwicklung in der Gemeinschaft zunehmend von der heimischen Nachfrage bestimmt wird. Der Nachfrageanstieg hier wird von den gewerblichen Unternehmen und den privaten Haushalten getragen.

Die realen Anlageinvestitionen nahmen 1985 in der EG zwar mit 1,6 % langsamer zu als im Vorjahr. Verdeckt wird in dieser Globalzahl allerdings die deutliche Besserung im gewerblichen Bereich, der den Kern des konjunkturellen Geschehens kennzeichnet und weiterhin zügig voranschreitet. So hat sich der Zuwachs bei den realen Ausrüstungsinvestitionen – nach 3,7 % im Jahre 1984 – weit mehr als verdoppelt. Die Investitionen weisen seit 1984 und 1985 – von einer allerdings sehr niedrigen Ausgangsbasis – weiter nach oben, jedoch bei steigendem Kapazitätsauslastungsgrad: Im Oktober 1985 war der Auslastungsgrad um 1½ Prozentpunkte höher als im Vorjahr und hat sich damit dem letzten Höhepunkt von 84 % Ende der siebziger Jahre stark angenähert.

Die wachsende Kapazitätsauslastung brachte keine signifikante Entspannung auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Zwar wurden in der EG schon ab 1984 wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Das leicht angestiegene Arbeitsplatzangebot wurde aber mehr als kompensiert durch den Zugang Arbeitssuchender, der teils demographisch bedingt ist, aber wohl auch aus der Auflösung ‚stiller‘ Arbeitsreserven resultiert. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der Auslastung der Sachkapazitäten deutet darauf hin, daß diese nicht mehr groß genug sind, um auch bei einer höheren Auslastung – selbst über das Normalniveau hinaus – einen befriedigenden Beschäftigungsstand zu ermöglichen¹. Dies zeigt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Zunahme kapazitätserweiternder Investitionen. Die Voraussetzungen für eine verstärkte Investitionsdynamik scheinen sich nicht zuletzt dadurch prinzipiell in der Gemeinschaft zu verbessern, daß eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien deutlich wird. Entscheidend wird u.a. sein, inwieweit und wie rasch Hemmnisse auf Märkten, die die Revitalisierung strukturschwacher Branchen und die Schaffung produktiver Arbeitsplätze noch behindern, abgebaut werden.

Verbessert haben sich 1985 auch die stabilitätspolitischen Rahmenbedingungen als Voraussetzungen einer stärkeren konjunkturellen Aufwärtsbewegung. So haben sich die Preissteigerungen 1985 in der Gemeinschaft weiter abgeflacht (Verbraucherpreisanstieg: 5,1 %) und sind in einigen Ländern jetzt sogar fast zum Stillstand gekommen (Bundesrepublik Deutschland, Niederlande).

Die stabilitätspolitische Konvergenz hat sich zwar verstärkt; aufgestaute Diskrepanzen in der Preis- und Kostenentwicklung machten allerdings EWS-Realignments unvermeidlich: im Juli 1985 wurde eine ‚isolierte‘ Lira-Abwertung notwendig, der – auf französischen Antrag – eine allgemeine Neufestsetzung der Leitkurse im April 1986 folgte².

DIE POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

 Tabelle: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EG-Länder
 Jahresdurchschnitte bzw. Jahresangaben

Land/Zeitraum		Anstieg der Verbraucherpreise		Leistungsbilanzsaldo		Veränderung des realen BSP		Finanzierungssaldo des Staates ² in % des BIP/BSP
		gegenüber dem Vorjahr in %	Langfristiger Zinssatz in % p.a. ¹	in Mrd. US-\$	in % des BSP	gegenüber dem Vorjahr in %	Arbeitslose in % (nationale Definition)	
BR Deutschland	1983	3,3	8,1	4	0,6	1,5	8,2	-2,5
	1984	2,4	8,0	6	1,0	3,0	8,2	-1,9
	1985	2,2	7,0	14	2,3	2,4	8,3	-1,1
Frankreich	1983	9,6	14,4	-4	-0,9	0,7	8,4	-3,1
	1984	7,4	13,4	-1	-0,2	1,6	9,9	-2,8
	1985	5,8	11,9	1	0,1	1,1	10,2	-2,8
Großbritannien	1983	4,6	10,8	5	1,1	3,2	11,6	-3,7
	1984	5,0	10,7	2	0,4	2,6	11,7	-3,9
	1985	6,1	10,6	5	1,0	3,0	11,8	-3,3
Italien	1983	14,7	17,9	1	0,2	-0,4	9,8	-12,4
	1984	10,8	14,8	-3	-0,8	2,6	10,3	-13,5
	1985	9,2	13,1	-4	-1,0	2,3	10,4	-13,7
Niederlande	1983	2,8	8,2	4	2,8	1,1	15,0	-6,6
	1984	3,3	8,1	5	3,9	1,7	15,4	-6,4
	1985	2,3	7,3	5	4,1	2,1	14,4	-5,1
Belgien	1983	7,7	11,8	-1	-1,3	-0,1	14,0	-13,3
	1984	6,3	12,0	-1	-1,2	1,3	14,0	-11,3
	1985	4,9	10,6	0	0	1,5	13,1	-10,3
Dänemark	1983	6,9	14,5	-1	-2,1	2,1	10,5	-7,3
	1984	6,3	13,9	-2	-3,0	3,5	10,0	-4,3
	1985	4,7	11,9	-3	-4,8	2,7	8,9	-1,0
Griechenland	1983	20,2	18,1	-2	-5,4	0,3	7,4	-9,4
	1984	18,5	18,6	-2	-6,4	2,6	8,0	-10,3
	1985	19,3	16,2	-3	-8,8	1,7	8,3	-13,4
Irland	1983	10,5	13,9	-1	-6,9	-1,8	14,1	-12,6
	1984	8,6	14,5	-1	-5,7	2,3	15,5	-10,5
	1985	5,4	12,9	-1/2	-2,9	-0,7	16,8	-12,0
Luxemburg	1983	8,7	9,8	1/2	31,0	2,8	1,5	-0,8
	1984	5,6	10,1	1/2	30,0	4,9	1,7	0,8
	1985	3,1	9,6	1/2	30,0	1,9	1,6	1,3
EG insgesamt	1983	7,3	12,0	4	0,2	1,3	9,9	-5,3
	1984	6,1	11,3	4	0,2	2,3	10,3	-5,1
	1985	5,4	10,2	15	0,6	2,1	11,5	-4,6

1 Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen.

2 Zentralstaat und nachgeordnete Gebietskörperschaften sowie Sozialversicherungen in der Abgrenzung der VGR der UN (SNA).

Quellen: EG-Kommission, OECD, nationale Statistiken

Hauptzüge der nationalen Wirtschaftspolitiken

Die Wirtschaftspolitik in den Gemeinschaftsländern hielt auch 1985 an der eingeschlagenen Linie fest, die überwiegend durch eine nichtexpansive Konjunkturpolitik gekennzeichnet ist. Diese Politik steht im Einklang mit den Überlegungen der Kommission in den beiden letzten Jahren, die vor allem – angesichts struktureller, über einen langen Zeitraum aufgebaute Ungleichgewichte – auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen zielten³.

Die Finanzpolitik in den Gemeinschaftsländern war weiterhin auf Konsolidierung gerichtet, wenngleich nur in wenigen Ländern, wie der Bundesrepublik und Dänemark, deutliche Erfolge sichtbar wurden. Die Staatsquote hat sich 1985 für die EG insgesamt nur minimal verringert (Zunahme: I, GR, IRL) und liegt weiterhin deutlich über 50 v.H. Erschwerend wirkten dabei die vor allem von der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ausgelöste Zunahme der Sozialleistungen und der von anhaltend hohen Finanzierungsdefiziten des Staates bedingte Anstieg der Zinszahlungen.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen im Wege der Steuerentlastung wurden angesichts dieser Lage gegenwärtig nur in wenigen EG-Ländern gesehen. In der Bundesrepublik Deutschland trat Anfang 1986 der erste Teil des 1984 beschlossenen Steuersenkungsprogrammes in Kraft; ebenso senkte Frankreich die Einkommensbesteuerung der Privathaushalte. Die für 1986 vorgesehene Steuersenkung in Großbritannien dürfte angesichts der Abgabenausfälle bei der Erdölförderung zumindest geringer ausfallen als geplant. Einige andere EG-Länder haben erst für später Steuersenkungen angekündigt. Die in der Gemeinschaft zunehmend verfolgte mittelfristige Haushaltsstrategie der Minderung des Steuerdrucks setzt die Beibehaltung einer strengen Kontrolle öffentlicher Ausgaben und der Haushaltsdefizite voraus. Damit Steuersenkungen volle Wirksamkeit im Hinblick auf eine stetige Leistungssteigerung der Volkswirtschaft haben, muß sicher gestellt werden, daß sich mit ihnen nicht die Furcht vor einer Verschlechterung der Geldwertstabilität verbindet.

Auch die Einkommenspolitik trug, wie im Vorjahr, zum wirtschaftlichen Erholungsprozeß bei. In den meisten EG-Ländern hat sich der Lohnanstieg weiter verlangsamt; in Frankreich, Belgien und Italien allerdings mit Hilfe einkommenspolitischer Maßnahmen des Staates⁴. Die in den letzten Jahren bewiesene Lohnmäßigung dürfte entscheidend mit zur Begrenzung des Beschäftigungsrückgangs und der seit 1984 deutlich gewordenen und sich 1985 und 1986 fortsetzenden bescheidenen Beschäftigungszunahme in der EG insgesamt (Beschäftigungsrückgang 1985 nur: F, IRL) beigetragen haben. Die Kommission macht im Jahreswirtschaftsbericht deutlich, daß eine Fortsetzung der Lohnmäßigungspolitik – Reallöhne unterhalb des Produktivitätsfortschrittes – über mehrere Jahre unabdingbar ist im Hinblick auf den langwierigen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, die primär auf den übermäßigen

Reallohnanstieg zurückgeführt und durch die Inflexibilität des Arbeitsmarktes verstärkt wurde⁵.

Bundesrepublik Deutschland

Die wirtschaftliche Bilanz des Jahres 1985 ist für die Bundesrepublik per Saldo durchaus befriedigend ausgefallen: Der Wachstumsanstieg bewegte sich in der Größenordnung des Vorjahres; der leichte Rückgang der jahresdurchschnittlichen Rate für das BSP von 2,7 auf 2,4% erklärt sich weitgehend aus witterungsbedingten Produktionsbeeinträchtigungen zu Jahresbeginn. Der im internationalen und historischen Vergleich schon niedrige Preisanstieg hat sich weiter verringert (2,2%). Die Zahl der Beschäftigten nahm erstmals in diesem Aufschwung sehr deutlich zu; angesichts des rasch steigenden Arbeitskräfteangebotes kam es allerdings zu keinem Rückgang der Arbeitslosenquote (8,3%). Der Leistungsbilanzüberschuß auf neuer Rekordhöhe (rund 39 Mrd. DM) gibt der Diskussion um eine „deutsche Absorptionslücke“ Auftrieb⁶. Der seit Anfang 1983 anhaltende Aufschwung dürfte sich über 1986 hinaus fortsetzen.

Die recht enge Basis des Aufschwunges hat sich im Verlaufe des Jahres 1985 erheblich verbreitert. Deutlich zeigte sich eine allmähliche Verlagerung der Auftriebskräfte von der Auslands- zur Inlandsnachfrage.

Frankreich

Die französische Wirtschaftspolitik hielt auch 1985 am vorrangigen Ziel der Inflationsbekämpfung fest und konnte deutliche Fortschritte bei der Eindämmung des Lohn- und Preisauftriebes erzielen.

Die 1983 eingeleitete Stabilisierungspolitik stützte sich insbesondere auf eine von der Regierung durchgesetzte Begrenzung des Lohnanstiegs auf die projizierte Teuerungsrate unter weitgehender Abschaffung der faktischen Lohnindexierung. Geld- und Finanzpolitik waren um stabilitätskonforme Rahmenbedingungen bemüht. Real blieben die Staatsausgaben 1985 etwa auf dem Vorjahresniveau; das Haushaltsdefizit – gut 3% des Sozialproduktes – blieb trotz Steuersenkung auf dem Niveau der beiden Vorjahre⁷.

Mit 1,3% war der Zuwachs des Bruttoinlandproduktes bescheiden und geringer als in den meisten EG-Ländern. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich zwar verlangsamt, doch spielen beschäftigungspolitische Maßnahmen des Staates dabei eine erhebliche Rolle. Das Handelsbilanzdefizit nahm zu, bei allerdings leicht aktiver Leistungsbilanz.

Der enttäuschenden Entwicklung der Auslandsnachfrage als Folge der Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition französischer Produkte stand eine Erhöhung der Binnennachfrage, insbesondere des privaten Verbrauchs gegenüber. Hier machte sich die Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch Steuersenkungen bemerkbar.

Großbritannien

Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion war in Großbritannien – allerdings durch Wiederaufnahme der Kohleförderung nach langem Streik überzeichnet – mit einem BSP-Zuwachs von 3,5% 1985 stärker als im Vorjahr und übertraf das der anderen EG-Länder. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit auf fast 12% an. Trotz ungünstiger Arbeitsmarktlage blieb der Lohnauftrieb kräftig und ging erheblich über die Verteuerung der privaten Lebenshaltung von gut 6% hinaus. Der Leistungsbilanzüberschuß hat sich aufgrund des rückläufigen Handelsbilanzdefizits und der sich weiter aktivierenden Dienstleistungsbilanz mehr als verdreifacht.

Nachdem die Wirtschaftspolitik zu Beginn der achtziger Jahre mit rigorosen monetären und fiskalischen Restriktionen die Inflation eingedämmt hatte, ist das Stabilisierungsziel seither wohl zugunsten der Förderung der Nachfrageexpansion in den Hintergrund getreten, wie die reichlichere Geldversorgung der letzten Jahre zeigt⁸. Die Geldpolitik schwankte immer wieder ausgeprägt zwischen Wechselkurs- und Zinszielen, während Geldmengenziele vernachlässigt wurden. Mit dem Budgetvoranschlag für 1986/87 gelang der Finanzpolitik eine Gratwanderung: Trotz ölpreisbedingten Einnahmeausfällen soll das Defizit bei knapp 2% des BIP liegen, ohne daß ein restriktiver Kurs eingeschlagen wird. Allerdings sind dazu erhebliche Einnahmen aus der forcierten Reprivatisierung staatlicher Firmen – in den nächsten drei Jahren 14,3 Mrd. £ – eine wichtige Voraussetzung.

Die Zeichen der Konjunktorentwicklung sind nach dem Ölpreissturz unsicherer für Großbritannien als für andere EG-Länder. Gerechnet wird 1986 mit einem Wirtschaftswachstum um 2,5%. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit wird trotz verschiedener neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht erfolgen und die Verbraucherpreise dürften um gut 4% steigen⁹.

Italien

Moderat setzte sich 1985 die von der Binnennachfrage getragene wirtschaftliche Expansion in Italien fort: das reale BIP erhöhte sich um 2,3%. Die Arbeitslosenquote verharrte auf hohem Niveau. Angesichts der wirtschaftspolitischen Vernachlässigung des Stabilitätsziels gab es trotz verhaltener Expansion von Nachfrage und Produktion nur geringe Fortschritte beim Inflationsabbau. Die sich unter diesen Voraussetzungen 1985 stark verschlechternde internationale Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft führte im Juni zu einer Abwertung der Lira von 8% gegenüber den anderen EG-Währungen.

Entscheidendes Hindernis für eine Stabilisierung blieb das anhaltend hohe Finanzierungsdefizit des Staates (13,5% des BIP). Angesichts des hohen staatlichen Kreditbedarfs konnte die Zentralbank keine stabilisierungsgerechte Begrenzung der Geldmengenenexpansion durchsetzen.

Drastische Ölpreissenkungen könnten erhebliche Preisdämpfungseffekte ha-

ben. Sie werden aber wohl nicht voll wirksam, weil die Regierung einen Teil der Importverbilligung abschöpft, um einen Anstieg des Budgetdefizits zu verhindern. Führt dies tatsächlich zu Konsolidierungsfortschritten, steigen die Chancen der Geldpolitik, einen – auch außenwirtschaftlich angestrebten – Stabilisierungskurs zu verfolgen. Einschränkungen des automatischen Teuerungsausgleichs liegen auf dieser Linie. Der Verbraucherpreisanstieg dürfte 1986 jahresdurchschnittlich auf 7% zurückgehen. Der BIP-Zuwachs wird mit 2,5% etwas stärker sein als 1985. Die Arbeitslosenquote wird etwas ansteigen¹⁰.

Benelux-Länder

Die niederländische Wirtschaftsbilanz für 1985 kann sich durchaus sehen lassen. Das reale Bruttosozialprodukt stieg – etwas beschleunigt – um 2,1%, was im wesentlichen der dynamischen Ausfuhrentwicklung zu verdanken war. Der Leistungsbilanzüberschuß belief sich auf 18,7 Mrd. hfl. Die Inflationsrate ging um einen Prozentpunkt auf 2,3% zurück. Die Arbeitslosenquote war zwar rückläufig, ist allerdings mit über 14% hoch. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen hat Fortschritte gemacht. Angesichts des hohen Budgetdefizits kann die Regierung die Beschäftigungslage kaum durch konjunkturpolitische Maßnahmen verbessern. Entscheidend wird es darauf ankommen, daß die Niederlande ihre stabilitätspolitische Leitlinie konsequent weiter verfolgen, den Staatseinfluß zurückdrängen und sich auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Investitionen konzentrieren.

Die belgische Regierung hielt auch 1985 an ihrem 1982 eingeleiteten Kurs fest, der auf Sanierung der Staatsfinanzen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen abzielt. Die im europäischen Vergleich mäßige Wirtschaftsexpansion verlangsamte sich 1985 weiter. Leicht rückläufig war die Arbeitslosenquote, allerdings auf hohem Niveau. Positive Bilanzposten stellten vor allem der um 1,4 Prozentpunkte zurückgegangene Verbraucherpreisanstieg sowie die nach Jahren erstmals aktive Leistungsbilanz dar. Die nach den Wahlen im Herbst 1985 alte und neue Regierung Martens wird ihren wirtschaftspolitischen Sanierungskurs fortsetzen: Das ursprüngliche Ziel der schrittweisen Senkung des Haushaltsdefizits auf 7% des BSP bis 1986 erwies sich zwar als zu ehrgeizig, soll aber bis Ende 1989 erreicht werden. Die finanzielle Entlastung des Staates soll auch durch Abbau von Subventionen, Durchforstung staatlicher Investitionsprogramme usw. erreicht werden. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit wurde Anfang 1985 ein Indikatorsystem eingeführt, das die belgischen Lohnentwicklungen im Verhältnis zu den sieben wichtigsten Handelspartnern mißt. Bei sich verschlechternder Relation kann die Regierung korrigierend eingreifen.

Das Expansionstempo der luxemburgischen Wirtschaft hat sich 1985 nicht zuletzt wegen des verlangsamten Wachstums der Stahlindustrie stark abgeflacht: Die Anstiegsrate des BIP ist von 4,9% auf 1,9% zurückgegangen. Die

Arbeitslosenquote hielt sich – nicht zuletzt aufgrund spezifischer Beschäftigungsprogramme für die Stahlarbeiter – in engen Grenzen. Der Verbraucherpreis ist deutlich rückläufig. Die Lage der Stahlwirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren dank staatlicher Hilfe verbessert. Dieser Konsolidierungsprozeß der Stahlindustrie mit Staatsunterstützung wird auch 1986 fortgeführt. Wichtig ist, daß dadurch die Bemühungen zu einer Diversifizierung der luxemburgischen Wirtschaft nicht behindert werden.

Übrige EG-Staaten

Die insgesamt gesehen günstige Wirtschaftsentwicklung in Dänemark setzte sich auch 1985 fort. Zwar hat sich das vor allem durch kräftige Zunahme der gewerblichen Investitionen getragene Wachstum des realen Bruttosozialproduktes auf 2,5 v.H. um gut einen Prozentpunkt verlangsamt. Der durch den schweren Arbeitskampf vom Frühjahr verursachte Produktionsausfall konnte aber nicht voll ausgeglichen werden. Die Beschäftigung nahm zu und die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote ging um gut einen Prozentpunkt auf 8,7% zurück. Rückläufig war auch der Verbraucherpreisanstieg (4,7%). Einen Schatten auf die günstige Entwicklung warf das von der Notenbank als alarmierend betrachtete Rekordleistungsbilanzdefizit von 28 Mrd. DKr, das 4,5% des BSP entsprach. Das zunehmende Leistungsbilanzdefizit veranlaßte die Regierung bereits im Herbst 1985 zu nachfragedämpfenden Maßnahmen, die durch ein im April 1986 wirksam werdendes ‚Stabilisierungspaket‘ zur Dämpfung des Konsumanstiegs verstärkt wurden. Die scharfe Reaktion der Wirtschaftspolitik auf den Wiederanstieg des Leistungsbilanzdefizits erklärt sich nicht zuletzt aus den Erfahrungen zu Beginn der achtziger Jahre, als Dänemark am Rande einer Verschuldungskrise stand.

Das Expansionstempo der griechischen Wirtschaft ging 1985 zurück auf eine Wachstumsrate des BIP von 1,7%. Träger des Wachstums war vor allem die öffentliche Nachfrage. Die Verbraucherpreise stiegen wieder an: Mit 19,3% beträgt der Abstand zum zweitstärksten Inflationsland der EG mehr als 10 Prozentpunkte. Das Haushaltsdefizit wuchs wieder, ebenso verschlechterte sich die Leistungsbilanz deutlich. Die griechische Regierung hat im Oktober ein Stabilisierungspaket eingeführt, das über die nächsten zwei Jahre erhebliche restriktive Auswirkungen haben soll. Zumindest für 1986 dürfte sich die Lage kaum bessern: Das Wachstum wird deutlich weiter zurückgehen, die Verbraucherpreise dürften jahresdurchschnittlich noch steigen; rückläufig wird das Leistungsbilanzdefizit sein.

Als einziges EG-Land mußte Irland 1985 eine negative Wachstumsrate (-0,7%) hinnehmen. Aufhellend im irischen Wirtschaftsbild wirkten der anhaltende Preisrückgang (Verbraucherpreisanstieg: 5,4%) und die Halbierung des Leistungsbilanzdefizits auf 2,9% des BIP. Kritisch sind weiterhin die Entwicklung des Haushaltsdefizits, das auf 12% des BIP kletterte, sowie der Arbeitslosenquote, welche um mehr als einen Prozentpunkt auf 16,8% anstieg.

Zu befürchten ist, daß trotz leichter Beschäftigungszunahme durch Fördermaßnahmen die Arbeitslosenquote 1986 weiter zunimmt.

Mittelfristige Gemeinschaftsleitlinien

Die nach allzulange hingenommenen Fehlentwicklungen in der EG deutlich gewordene Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat seit Mitte 1982 zu einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung geführt, die in einen dauerhaften Wachstumsprozeß einmündet. Damit haben sich die Grundbedingungen für den Abbau der überaus hohen Arbeitslosigkeit – dem zentralen wirtschaftspolitischen Ziel der Gemeinschaftsländer – in den nächsten Jahren zwar verbessert. Allerdings würde das unter *ceteris-paribus*-Bedingungen prognostizierte mittelfristige Wachstum von 2,5% jährlich keinen signifikanten Abbau der Arbeitslosenzahlen mit sich bringen. Nach der von der Kommission vorgeschlagenen kooperativen Wachstumsstrategie – kooperativ, weil sie sich auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch eine Koordination zwischen den Ländern stützt – soll sich im Fünfjahreszeitraum bis 1990 die Wachstumsrate auf jahresdurchschnittlich 3,5% erhöhen und die Arbeitslosenquote auf 7% absenken. Die Leitlinien für die kooperative Strategie im Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 sehen als wichtige Elemente vor¹¹:

- Eine auf Fortschritte beim Inflationsabbau gerichtete Geldpolitik, die jedoch Spielraum für ein stärkeres Wachstum beläßt.
- Eine Haushaltspolitik, die die gegenwärtigen Ungleichgewichte korrigiert, die Nachfrage aber dort, wo Handlungsspielräume bestehen, abstützt; Umstrukturierung der Ausgabenseite durch verstärkten Subventionsabbau und Steigerung öffentlicher Investitionen (Infrastruktur, Umweltschutz, Stadterneuerung), Senkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.
- Mäßige Reallohnerhöhungen, um die Rentabilität des Anlagekapitals und damit die Investitionsbereitschaft zu stärken.
- Initiativen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes; kostenniveauneutrale Neugestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit.
- Entschiedenheit bei der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes einschließlich der Liberalisierung der Finanzmärkte.
- Engagement der Gemeinschaft, um das internationale Handels- und Währungssystem zu verbessern.

Der im Jahreswirtschaftsbericht formelmäßig verkürzt als „Doppelstrategie von mäßigem Anstieg der Reallöhne und Nachfragestützung“ ausgewiesene Ansatz gründet sich allerdings auf ein beträchtliches Maß an positiven Voraussetzungen, die keineswegs sicher sind. Das gilt nicht nur für den Außenwirtschaftsbereich. Problematisch ist auch die Bestimmung fiskalischer Handlungsspielräume im Hinblick auf Nachfrageentfaltung: So entspricht die Auffassung der Kommission, nach der die Bundesrepublik gegenwärtig – als einziges EG-Land – Manövrierspielraum für zusätzliche öffentliche Investitionen hat, nicht

der der deutschen Regierung, die Handlungsspielräume hier erst sieht, wenn der Zinsanteil an den Gesamtausgaben wieder rückläufig ist¹².

Entscheidend ist wohl, daß die vorgeschlagene Strategie Ausgangsbasis für das Überdenken eigener Positionen auf Seiten jedes Hauptbeteiligten darstellt und dazu führen soll, die gegenwärtigen Positionen in Richtung auf das Gemeinschaftsinteresse weiter zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Günter Grosser u. Günter Weinert, Die wirtschaftliche Lage Westeuropas in: Weltkonjunkturdienst (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 1/86, S. 32.
- 2 Vgl. dazu den Beitrag von Peter-W. Schlüter, Währungspolitik, in diesem Band.
- 3 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1985–1986 (Mitteilung der Kommission an den Rat), in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Nr. 26, November 1985, S. 13.
- 4 Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1986; Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen, abgeschlossen am 25. April 1986, S. 12.
- 5 Jahreswirtschaftsbericht 1985–86, in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Nr. 26, November 1985, S. 104ff.
- 6 Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 10/4295 vom 22.11.1985, Ziffern 163 u. 201.
- 7 Vgl. Grosser/Weinert, a.a.O., S. 45.
- 8 Vgl. Günter Weinert, Ölpreisschock in Großbritannien, in: Konjunktur von morgen (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg) Nr. 710 vom 17.4.1986.
- 9 Vgl. ebenda.
- 10 Vgl. Grosser/Weinert, a.a.O., S. 55.
- 11 Jahreswirtschaftsbericht 1985–86, a.a.O., S. 56f.
- 12 Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung, Schriftenreihe des BMF, Heft 36, Bonn 1985, S. 7f.

Weiterführende Literatur

- Albert, Michel, Herausforderung Europa. Die Europäische Gemeinschaft als Chance, München, Piper 1985, 140 S.
- Kommission der EG, Jahreswirtschaftsbericht 1984–85, (Dok. KOM(84)578 endg.), Brüssel 1984; Jahreswirtschaftsbericht 1985/86, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 26; Jahreswirtschaftsübersicht 1985–86, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 26.
- Padoa Schioppa, Tommaso, Wirtschafts- und währungspolitische Probleme der Europäischen Integration, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG 1985, 230 S. (Reihe ‚Europäische Perspektiven‘).
- Pfeiffer, Alois, Die Strategie der Gemeinschaft zum Abbau der Arbeitslosigkeit, in: EG-Magazin, Bonn 1986, Nr. 1, S. 1-8 (Sonderteil).